N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Schulausschuss

am 28.02.2012

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Lindstedt (SPD)
Christine Hölling (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Simone Symma (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Michael Blandowski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Michael Klostermann (FDP)
Dieter Mendrina (SPD)
Heinz Steffen (SPD)

sachkundige Bürger

Hugo Becker (SPD)

Julius Will (FDP)
Karl-Heinz Schimpf (DIE LINKE.)
Kunibert Kampmann (GFL)
Thomas Wolter (FWG)

Arno Franke (ohne)
Kornelia Henning-Puls (ohne)
Ursula Landskron (ohne)
Bernd Marreck (ohne)
Bettina Vorberg (ohne)
Jutta Zierow (ohne)
Karl Püschel (ohne)
Michael Schulze-Kersting (ohne)

Gäste/Zuhörer/innen
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Frau Ondrejka-Weber, Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke.

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1
Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2
006/12
Neues Übergangssystem Schule – Beruf in Nordrhein-Westfalen – Beteiligung des Kreises Unna - Grundsatzbeschluss

Punkt 3
Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 4

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Es ergeben sich keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern.

Punkt 2

006/12

Neues Übergangssystem Schule – Beruf in Nordrhein-Westfalen – Beteiligung des Kreises Unna - Grundsatzbeschluss

Erörterung

Herr Dr. Timpe nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und ergänzt diese um einige Aspekte in Bezug auf den Vorlauf der Vorlage und unter dem Gesichtspunkt der weiteren Vorgehensweise. Er führt aus, dass dies ein erster Auftakt und Einstieg in die Problematik sein solle, die im Kreis Unna für eine große Zahl von Jugendlichen bei dem Versuch bestehe, aus der Schule in Ausbildung und Beruf zu kommen. Der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen sei, dass von denjenigen, die den Wunsch hätten, nach der Schule eine duale Ausbildung anzufangen, das nach vorsichtigen Schätzungen bei 20 bis 40 % gelingen würde, je nach Betrachtungszeitraum. Bei den anderen eben nicht und das sei ein Problem aus verschiedenen Blickwinkeln. Zum Einen sei es ein bildungspolitisches Problem und zum Anderen ein Problem, das nachhaltig die Sozialkassen, auch des Kreises und der kreisnahen Institutionen, in erheblichem Ausmaß belaste, wenn nichts passiere. Zum Dritten sei es ein Problem, was zunehmend die regionale Wirtschaft belaste (Stichwort: Fachkräftemangel). Vor diesem Hintergrund wolle man „nur“ den Arbeitsauftrag des Kreistages erhalten, mit dem Land in konkrete Verhandlungen eintreten zu können bezüglich des vom Land generell gemachten Angebotes. Mit dem Angebot, das vor dem Hintergrund des Ausbildungskonsenses 2011 unter der Überschrift „Neues Übergangssystem Schule und Beruf in NRW“ offeriert worden sei, wolle das Land auf freiwilliger Basis (das sei der neue Punkt) für alle Beteiligten, also auch für den Kreis Unna, die Kreise und kreisfreien Städte in NRW als Partner gewinnen, die das Übergangsgeschehen koordinieren. Man habe sich seit 2009 (Stichwort: Bericht der Sozialforschungsstelle – 2. Bildungskonferenz) nicht nur Mühe gegeben, das Problem ein Stück weit zu strukturieren und mit anderen zu diskutieren, sondern auch sehr

konkret Gespräche mit der Arbeitsagentur, dem Jobcenter, den Städten und Gemeinden des Kreises und anderen, die in dem Kontext wichtig seien, geführt, um zu klären, ob man den Kreis als Kooperationspartner des Landes auch in einer solchen Rolle akzeptieren würde. Die Einschätzungen aus diesen Gesprächen des letzten halben Jahres seien sehr positiv gewesen. Ein weiterer Punkt, der ihm wichtig sei, sei die Frage der weiteren Vorgehensweise. Wie in der Vorlage skizziert, solle der Arbeitsauftrag sein, als Kreis seine Koordinierungsbereitschaft zu erklären und eine entsprechende Vereinbarung zu erarbeiten. Diese Kooperationsvereinbarung werde aus Sicht des Landes nicht standardmäßig , sondern inhaltlich bezogen auf das, was jeweiliges regionales Thema sei, ein Stück weit individuell sein. In einer Zwischenstufe, und damit sei der für Anfang Mai vorgesehende Workshop angesprochen, müsse man sich natürlich mit den zu koordinierenden Partnern über das weitere Geschehen abstimmen. Man benötige eine gleiche Sicht der Dinge, zumindest aber eine grob abgestimmte Zielstellung. Insofern glaube man, dass der Kreis gute Voraussetzungen habe, was die örtlichen und regional Beteiligten angehe. Das sei die Ausgangssituation. Man glaube auch, dass der Kreis beim Land in 2012 in eine solche Kooperation hereinkomme. Das sei der Stand der Vorgespräche. Die einzige Einschränkung, die gemacht werde, stehe im Zusammenhang mit dem Beschluss über den Landeshaushalt 2012. Es sei klar, wenn das landesseitig nicht gelinge, dann werde man sich auch nicht über zusätzliche Kooperationsvereinbarungen unterhalten können. Herr Dr. Timpe macht nochmals deutlich, dass die Chancen, was die Handlungsbereitschaft der Beteiligten und das Kooperationsinteresse angehe, gut stünden. Insofern habe er heute die Bitte an den Schulausschuss um eine möglichst deutliche positive Beschlussempfehlung an den Kreistag. Eine enge und fortlaufende Berichterstattung hier im Ausschuss verstehe sich von selbst.

Herr Ebner erklärt seitens der CDU-Fraktion, dass die ursprünglichen Bedenken seiner Fraktion zu diesem Thema mittlerweile ausgeräumt seien und es voll und ganz unterstütze.

Frau Lindstedt führt für die SPD-Fraktion aus, dass ihre Fraktion dieser Sitzungsvorlage zustimmen und eine entsprechende Beschlussempfehlung für den Kreistag abgeben werde. Für sie sei das erst einmal eine grobe Rahmenbeschreibung, aber letztlich ein erster Schritt, um die bisherigen Bemühungen zu optimieren. Da beschreite man einen guten Weg, wenn im Kreistag ein möglichst einstimmiger Beschluss herbeigeführt werde, der die Position des Kreises gegenüber dem Land auch entsprechend bestärke.

Herr Klostermann merkt seitens der FDP-Fraktion an, dass die Vorlage zwar sehr ausführlich sei, und er für seine Person könne sagen, das Problem sei erkannt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass auf Seite 4 der Vorlage der finanzielle Aufwand sehr schwammig dargestellt sei, habe er eine Frage zu der Sachkostenpauschale. Nach jetzigen Informationen seien für die Referenzkommunen jeweils 2 Stellen vorgesehen, die vom Land finanziert würden. Dazu gäbe es eine Sachkostenpauschale und von den Kommunen werde ein ähnlicher Beitrag erwartet. Seine Frage ziele darauf ab, ob mit dem ähnlichen Beitrag die Sachkostenpauschale zu verstehen sei und der ähnliche Beitrag auch die personelle Ausstattung betreffe. Vor diesem Hintergrund halte er fest, dass man versuchen sollte, in die vom Land zu gestaltende Vereinbarung noch Rahmenbedingungen hereinzubringen nicht nur bezüglich der Kosten, sondern auch, was man erwarte. Das fehle seiner Fraktion.

Herr Dr. Timpe erklärt zur Kostennachfrage von Herrn Klostermann, dass es um Sach- und Personalkosten

gehe. Der Kreis sei an diesem Punkt nicht der Hauptakteur, was finanzielle Beteiligungen, Durchführung von Maßnahmen und Berufsorientierungsangebote angehe. Es gehe darum, dass der Kreis sich bereit erkläre, zu koordinieren, um zu besseren Ergebnissen zu kommen. Auf die Nachfrage von Frau Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt Herr Dr. Timpe weiter aus, dass ein wesentlicher Teil des Problems die massive Intransparenz sei, die hier herrsche. Die habe viele Facetten, wenn Übergänge nicht gelängen. Dass das System als Ganzes uneffizient sei, habe nichts damit zu tun, dass unsere Berufskollegs nicht ordentlich arbeiten würden. Ein wesentlicher Teil des Problems neben objektiven Fakten (Relation von Ausbildungsplatzsuchenden zu Ausbildungsplätzen etc.) bestehe darin, dass kein System vorhanden sei. Insofern gehe es im Kern darum, durch Koordination dafür zu sorgen, mehr Struktur hereinzubringen in der Hoffnung, dass es gelinge, Doppelangebote abzubauen. Das heiße, eine klare Angebotsstruktur zu bekommen für alle, die es angehe, insbesondere die Jugendlichen, die sich beruflich orientieren wollen, aber auch die Schulen, die sie dabei unterstützen. Damit sei nicht gesagt, dass das insgesamt teurer werden müsse, als es heute sei. Die Hoffnung sei, dass es wirksamer werde.

Der Vorsitzende, Herr Wiggermann, merkt an, dass er glaube, dass diese Vorlage hier im Schulaussschuss richtig angesiedelt sei, es aber auch ein sozialpolitisches Thema sei, was schon sehr häufig im Ausschuss für Arbeit und Soziales und auch in den Gremien des Jobcenters behandelt worden sei. Es sei natürlich ein Teilbereich, den unsere Berufskollegs zu unserer großen Zufriedenheit in der Vergangenheit für einen bestimmten Personenkreis betreut hätten. Es gebe jedoch einen Teil von Maßnahmen, die über die Berufskollegs nicht erfasst würden und nicht bekannt seien, die aber diese Übergangsproblematik maßgeblich mit beeinflussen würden. Deswegen seien die Worte „unbefriedigend, uneffektiv und uneffizient“ nicht auf das Schulsystem zu beziehen, sondern auf das Nebeneinander von vielen Dingen, die zur Zeit im Kreis Unna von allen Betreibern mit großem Engagement betrieben würden, aber teilweise doppelt und damit eben uneffektiv und besser zu machen. Wenn das gelänge, glaube er, sei man einen Schritt weiter.

Herr Kampmann führt weiterhin aus, dass er natürlich davon ausgehe, dass die Förderschulen mit einbezogen worden seien und nennt dafür einige Beispiele. Auch für diesen Bereich, so denke er, wäre es notwendig, das Thema aufzugreifen auch vor dem Hitnergrund der unterschiedlichen Agenturen, die es im Kreis Unna gebe und die unterschiedlich arbeiten würden. Eine solche Koordinierung halte er für äußerst sinnvoll.

Herr Klostermann greift noch einmal die Argumente von Herrn Dr. Timpe auf. Die Aussage, nun den ersten Schritt machen zu wollen, halte er für nicht ganz zielführend. Er denke, wenn man heute sage, man wolle das umsetzen, dann sei es auch unsere Pflicht zu sagen, wie man es umgesetzt haben wolle. Dafür fehle ihm nach wie vor der entsprechende Rahmen und was für ihn auch besonders wichtig sei, wie man letztendlich den Erfolg des Umgesetzten messe und was für einen Erfolg man in welchen Bereichen als Mindesterfolg voraussetze, um gegebenenfalls das Projekt auch wieder beenden zu können. Deshalb halte er es für sinnvoller, dieses Projekt zeitlich zu befristen.

Herr Steffen geht auf die Argumentation von Herrn Klostermann ein und führt aus, dass er sich vorstellen könne, wenn es gelingen sollte, über diese Koordinierung Arbeits- und Lebensbiographien zu verbessern, dann brauche man über den Weg der finanziellen Einsparung oder den Ertrag überhaupt nicht zu diskutieren.

Denn man wisse eines: Jeden, den man ab 20 Jahren bis ultimo im Prinzip in der Nichtarbeit versinken lasse, komme den Kreis teuer zu stehen, so dass die 2 Stellen spielend daraus finanziert werden könnten. D.h., man wolle die Lebensbiographien, sprich Arbeitsbiographien, von möglichst allen verfolgen, die an diesem Prozess teilnehmen würden über Integration und Informationseinbindung aller beteiligten Stellen, die mit ihren Informationen dazu beitragen würden. Das sei für ihn das entscheidende Thema, was er auf jeden Fall unterstütze. Bisher habe man das Ganze immer themenbezogen vorangetrieben. Man gehe jetzt an Einzelbiographien heran, die man steuern und besser gestalten möchte als bisher. Das sei eine lohnende Aufgabe.

Herr Piasecki erklärt seitens der SPD-Fraktion, dass es heute so sei, dass der Übergang von Schule in den Beruf nicht immer so reibungslos sei, wie die Jugendlichen sich das vorstellen würden und macht das an einigen Beispielen deutlich. Die von Herrn Klostermann dargestellte Problematik verstehe er, weil hier keine ideale Lösung vorgegeben werden könne. Dass die Problematik bestehe, sei unstrittig. Im ersten Schritt müssten die Probleme eruiert, die Ursachen dafür ergründet und Lösungsmöglichkeiten angegeben werden. Das würde eine gewisse Zeit dauern. Von daher hätte er auch ein Problem mit einer zeitlichen Befristung des Projektes. Man müsse die Chance haben, ein vernünftiges Konzept zu erarbeiten, das dann ausführlich diskutiert werden müsse. Dazu benötige man aber Zeit. Seine Fraktion sei ganz optimistisch, dass man da auf einem guten Weg sei. Man werde den Prozess sehr kritisch begleiten müssen. Aber den ersten Aufschlag möchte er dringend unterstützen, da es für ihn eine wichtige Angelegenheit sei.

Zur Anmerkung von Herrn Klostermann erklärt Herr Dr. Timpe, dass das Land großen Wert darauf legen werde, im Rahmen der Vereinbarung eine Evaluierung sicherzustellen. Man werde sich da auf ein Verfahren und vernünftige Messgrößen einigen müssen. Das werde nicht so einfach sein. Wie bereits erwähnt, sei das Übergangsgeschehen als solches zur Zeit nicht messbar und es gebe auch keine Statistik dazu. Es werde ein erstes Thema sein, diesem Missstand abzuhelfen. Der Maßstab des Handelns sei letztlich, wie sich Übergänge und Ausbildungsabbruchquoten verbessern. Wenn man denn in 2013 nach eigener Einschätzung voll arbeitsfähig sei, könne allerdings nicht ernsthaft erwartet werden, dass bereits Ende 2013 abschließende Beurteilungen möglich seien. Das werde auch Gegenstand der Kooperationsvereinbarung sein, um sie dann bei entsprechender Beschlussfassung hoffentlich möglichst zeitig hier im Schulausschuss und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorlegen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Streich zum Ministeriumsanhang auf Seite 4 Punkt 2.2 Abs. 1 und Seite 5 erläutert Herr Dr. Timpe, dass der Kreis Unna nicht davon partizipiere. Das sei ein Angebot an die typischen Träger derartiger Maßnahmen. Die Frage, ob ein regionaler Konsens, wenn dann der Kreis koordinieren würde, unter den Beteiligten herzustellen sei, dass es im Kreis Unna sinnvoll und nötig wäre, sich um entsprechende Plätze zu bemühen, sei eine offene Frage. Der Kreis Unna sei typischerweise nicht derjenige, der sich antragshalber um diese 700 annoncierten Plätze bemühe.

Frau Streich schließt sich der Anregung von Herrn Wiggermann an, eine gemeinsame Sitzung des Schulausschusses mit dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zum Thema Übergangssystem Schule/Beruf durchzuführen.

Frau Sopora stellt seitens der CDU-Fraktion fest, dass nach der vorausgehenden Diskussion es sich so darstelle, dass niemand diesem Grundsatzbeschluss widersprechen werde. Sie bittet um Informationen zum weiteren zeitlichen Ablauf für die Aufgaben und Aufträge, die in die Vereinbarung mit einfließen.

Herr Dr. Timpe schlägt folgenden Ablauf vor: Anfang Mai werde ein Workshop stattfinden, um sich mit den übrigen Beteiigten auf eine gemeinsame Sicht der Dinge zu einigen, d.h. Wahrnehmung der Ausgangssituation und der Problemlage, Zielsetzung und im Sinne eines ersten Maßnahmenprogrammes gemeinsame Handlungsschwerpunkte und eigene Aktivitäten. Das sei dann die gemeinsame Sicht der Dinge, mit der man in das Gespräch mit dem Land einsteige. Bei gutem Verlauf heiße das, wenn am 29.03. der Landeshaushalt beschlossen werde, der Spielraum für 20/30 zusätzliche Stellen gebe, dass damit der Spielraum hier für die Kooperationsvereinbarungen geschaffen werde. Optimistisch gesehen, könne man frühestens zum 1. Sitzungszyklus nach der Sommerpause vor dem Hintergrund dessen, was er skizziert habe, eine substantiierte Kooperationsvereinbarung mit dem Land im Entwurf vorlegen. Realistischerweise wohl erst zum Jahresende, vielleicht aber auch erst 2013. Die Möglichkeiten des Kreishaushaltes und des Budgets 40 Personalaufwand und Sachmittel für zwei kreisseitig neu einzurichtende Stellen zu finanzieren, seien beschränkt. Man gehe aber davon aus, bestenfalls jahresanteilig für 2 bis 3 Monate für maximal 2 Stellen in 2012 darstellen zu müssen. Der Rest sei dann, haushaltstechnisch gesehen, in 2013 zu diskutieren.
Auf Nachfrage von Herrn Piasecki (SPD-Fraktion), ob auch die Politik am „Runden Tisch“ teilnehmen werde, erklärt Herr Dr. Timpe, dass das vorstellbar sei, aber nochmals besprochen werden sollte. Es gehe auch um Arbeitsfähigkeit und die Frage, was man erreichen wolle. Unabhängig von dem Workshop und der Berichterstattung hier im Ausschuss hätten sich Vertreter der IHK und der Agentur für Arbeit in Hamm auf Nachfrage bereit erklärt , ihre Standpunkte bei Gelegenheit hier im Ausschuss darzustellen.

Herr Wiggermann fasst die vorausgegangene Diskussion zusammen und stellt fest, dass es niemanden gebe, der den Grundsatzbeschluss und damit die Empfehlung an den Kreistag in Frage stelle, wobei Konkretisierungen eingefordert seien.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreis Unna will sich möglichst kurzfristig am neuen Übergangssystem Schule – Beruf in NRW beteiligen und strebt eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen der jetzt anstehenden Öffnung der Pilotphase für weitere Kommunen an.
Der Landrat wird beauftragt, mit dem Land eine Vereinbarung für den Kreis Unna zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 4

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.00 Uhr

Wiggermann	Klemp
Vorsitzender	Schriftführerin